

Laibacher Zeitung.

Nr. 105.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 11. Mai

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jebezm. 30 kr.

1869.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. April d. J. über Antrag des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, auf Grund der Allerhöchstgenehmigten Besetzung der Kanzlerposten bei den k. k. Generalconsulaten in Belgrad, Bukarest und Alexandrien den vormalig für Widdin ernannten, aber noch fortan bei dem Generalconsulate zu Belgrad in Verwendung stehenden Viceconsul Dr. Svetoslav Theodorovic und die Generalconsulatskanzler Rudolf Filet in Bukarest und Joseph Schwegel in Alexandrien zu Consuln auf den gedachten, von ihnen bisher versehenen Posten allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. April d. J. über Antrag des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, auf Grund der Allerhöchstgenehmigten Erhebung der bisherigen k. und k. Viceconsulate in Widdin und Port Said zu Consulaten, den Viceconsul in Port Said Adolf Schulz zum Consul in Widdin und an dessen Stelle den Generalconsulatskanzler in Odessa Joseph Steffenelli v. Brendterhof und Hohenmayer zum Consul in Port Said allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Das ökumenische Concil und die Rechte des Staates.

Paris, 3. Mai.

Binnen kurzem wird bei Dentu hieselbst unter dem Titel: „Das ökumenische Concil und die Rechte des Staates.“ eine Broschüre erscheinen, von welcher ich eine vorläufige Einsicht genommen habe. Es ist diesem Werkchen, dessen Inhalt, wenn ich nicht irre, zu einem Theile schon in Italien veröffentlicht worden, zweifelsohne eine hohe Bedeutung beizumessen. Die treffliche Darstellung verräth eine kundige Feder, und ich glaube, nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß dieselbe von einem hochgestellten Prälaten herrührt und auf die Bestimmungen und Anschauungen der Regierung selbst in dieser wichtigen Angelegenheit bedeutenden Einfluß üben wird. Gestatten Sie mir, den Ideengang des Verfassers in Nachfolgendem möglichst kurz zu analysiren.

Die Berufung des ökumenischen Concils durch Pius IX. verdient als eine der wichtigsten und delicatsten Fragen unserer Zeit die ernsthafteste Aufmerksamkeit der Regierungen. Sie hat geradezu den Zweck, der ohnedies so thätigen, wohlorganisirten Partei, welche sich den Titel der katholischen annahmt, eine neue Kraft, einen neuen Aufschwung zu geben. Es wäre gefährlich, wollten die Regierungen sich diesem Bestreben gegenüber einschläfern lassen durch die trügerische Idee einer Trennung von Kirche und Staat oder durch nichtige Nebenarten über die vorgebliche Ohnmacht des religiösen Elements. Pius IX., auf dessen Charakter man bei der Beurtheilung eines so wichtigen Ereignisses zuerst zu sehen hat, macht sich eine großartige Idee von der ihm anvertrauten geistlichen Macht, wie er denn zu denjenigen Charakteren gehört, welche sich weniger durch einen scharfen Beobachtungsgeist als durch die Fähigkeit eines großen Enthusiasmus hervorthun. Sein Gemüth findet Genüge und Begeisterung im Glauben, und sein Glaube befestigt sich in der Betrachtung der kirchlichen Allgewalt. Was seine Vorgänger seit Jahrhunderten nicht gewagt haben, in der Berufung eines Concils Heilung für die Uebel, welche auf der Kirche lasten, zu suchen, das unternimmt er und läßt sich dabei von dem neuen, in der katholischen Welt freilich sehr verbreiteten Gedanken leiten, daß dem Papste allein die unumschränkte Gewalt über die Kirche zustehe und das Concil nur berufen sei, ein Zeugniß für diese unumschränkte Gewalt abzugeben. Er weiß, daß die Bischöfe, welche zum Concil kommen, mit wenigen Ausnahmen seinem Willen blindlings ergeben sind, und alles, was bei der Kirchenversammlung gesagt und gethan werden soll, ist längst und vollkommen vorbereitet. Nicht gegen das Wort der Jesuiten richtet sich das Concil, es ist im

Gegentheile bestimmt, diesem Werke eine feierliche Weihe zu ertheilen.

Da aber der Gesellschaft ein schwerer Schaden zugefügt wird, wenn das Concil den Syllabus als oberstes Gesetz der Kirche proclamirt, so erheischt die Klugheit, daß man Maßregeln treffe, damit nicht das katholische Gewissen gefälscht und neue Elemente der Zwietracht in die Nationen hineingetragen werden. — Das ökumenische Concil ist die vereinigte Kirche. Aber die Kirche besteht aus allen Gläubigen, Laien sowohl als Priestern. Auch die Laien müssen vertreten sein. Das geht aus der Geschichte nicht nur, sondern auch aus dem Wesen der Kirchenversammlungen hervor. Es ist überdies anerkannt in einem Briefe des Papstes Nicolaus I., daß beiden Theilen (non solum ad clericos, sed etiam ad laicos) das Recht gehöre, an der Berathung theilzunehmen für Fragen des allgemeinen Glaubens. Als die christliche Kirche noch klein war, konnten die Gläubigen sich direct betheiligen; bei der Ausdehnung derselben wurde jenes Recht dem Staate übertragen. Niemals ist ein ökumenisches Concil gehalten worden, ohne daß die Laienschaft durch einen Abgesandten des Staates vertreten war. Die Betheiligung des Staates ist abzuleiten aus seiner Pflicht, darüber zu wachen, daß nichts den Frieden und die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft störe. Eine große Versammlung, wie das Concil, kann sich nicht außerhalb eines Staates vereinigen, ohne die Zustimmung der politischen Gewalt, wenn die Theilnehmer derselben, wie in diesem Falle, die Mehrheit der Bürger repräsentiren, und wenn ihre Beschlüsse innerhalb des Staates zur Ausführung kommen sollen.

Zunächst hat der Staat bei den Vorbereitungen zum Concil ein Recht geltend zu machen. Die acht ersten allgemeinen Concile sind von den römischen Kaisern berufen worden, zum Theil gegen den Willen der Päpste, ohne daß man darum ihre Giltigkeit angezweifelt. Erst bei der großen Zerstückelung Europa's änderte sich jene Praxis der Berufung durch das Staatsoberhaupt; in rein disciplinärer Absicht wurde die Berufung durch stillschweigende Uebereinkunft der Fürsten dem Papste überlassen. Das Recht ward darum nicht aufgegeben, obgleich sich Gregor VII. die ausschließliche Befugniß annahm, die Kirche zu versammeln, wann und wo es ihm beliebe. Pius II. erkannte das Recht der Fürsten ausdrücklich an; auf die Berufung des letzten, des Tridentiner Concils hat dasselbe einen bestimmenden Einfluß geübt. So viel über die Berufung. Aber auch die Bestimmung der Zeit und des Ortes geschah bei jenen acht ersten Kirchenversammlungen durch die Kaiser. Dagegen lehnte sich Gregor X. auf; aber später kehrte man mehrfach zu dem alten Gebräuche zurück und bei der Wahl des Ortes für das Tridentiner Concil konnte der Papst seinen Willen nicht durchsetzen. Er hätte die Versammlung lieber im Lateran abgehalten. Alle Concile, welche in Rom gehalten worden, merkt unser Verfasser hier an, sind den Staaten verderblich gewesen.

Der Staat stützt sich indeß, wenn er bei den Kirchenversammlungen intervenirt, nicht auf ein von der Kirche ertheiltes Privileg, sondern er handelt jure proprio. Und nicht nur auf die Vorbereitungen erstreckt sich sein Recht; er hat gleicher Weise an den Beratungen des einmal versammelten Concils theilzunehmen. Das geht schon aus dem anfangs Gesagten hervor, wie es nicht minder dem geschichtlichen Herkommen entspricht. Constantin selbst führte den Vorsitz beim Concil von Nicäa, kaiserliche Minister bei den sieben anderen allgemeinen Kirchenversammlungen, welche dem orientalischen Schisma vorausgingen. Nach dem Verfall des Kaiserreiches entschied man, daß in gewissen Grenzen allen Fürsten der Länder, welche auf den Ruinen des Kaiserreiches entstanden waren, das Recht der römischen Kaiser zufallen sollte. Beim Tridentiner Concil stritten die Gesandten von Deutschland, Spanien und Frankreich um den Ehrenposten. Aus den Akten des Concils geht hervor, daß keine Sitzung ohne ihre Betheiligung gehalten wurde.

Die Staaten wohnen dem Concil nicht als einfache Zuschauer bei. Sie nehmen wirklichen Antheil, ganz besonders, um die Tagesordnung, wie man heute sagt, aufrecht zu erhalten, um die Gegenstände der Berathung vorzuschlagen und gewisse Fragen von der Discussion auszuschließen. Es ist dazu erforderlich,

daß sich der Staat ebenso auf das Concil vorbereite, wie es die römischen Congregationen thun. Die Regierungen haben das bei Gelegenheit des Tridentiner Concils wohl berücksichtigt, und die Versammlung fügte sich durchaus der von ihnen geübten Disciplin. So gehört auch dem Staate das Bestätigungsrecht. Fast immer berühren die synodalen Entscheidungen die öffentliche Ordnung. Insbesondere war es ein Vorrecht der gallikanischen Kirche, die Entscheidungen der Concile anzunehmen oder zu verwerfen in dem Falle, daß sie ohne die Betheiligung der königlichen Gesandten getroffen waren. So glücklich der Pabst Pius IV. war, das Tridentiner Concil zu schließen, so glaubte er doch nichts gethan zu haben, so lange nicht dasselbe von den katholischen Staaten anerkannt worden, und für den disciplinaren Theil stieß man auf Schwierigkeiten genug.

Endlich hat der Staat das Recht, über die Theilnahme seiner Bischöfe am Concil zu bestimmen; selbst im Mittelalter ist das Gesetz stets aufrecht erhalten worden, welches den Bischöfen verbietet, ohne Erlaubniß des Fürsten zum Concil zu gehen.

Angesichts dieser Darlegung erscheint die von Pius IX. erlassene Berufung ohne vorherige Berathung mit den katholischen Staaten als ein Angriff auf die Vorrechte der bürgerlichen Gewalt. Bis jetzt hat diese, wenigstens öffentlich, nicht entgegen gearbeitet und dadurch den römischen Hof in seinen offenkundigen Absichten nur bestärkt. Aber die Zeit des Abwartens und der Unthätigkeit muß ein Ende nehmen und eine Einigung der katholischen Staaten zur Vertheidigung eines gemeinsamen Interesses an deren Stelle treten.

196. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 7. Mai

(Schluß.)

Handelsminister Dr. v. Plener bespricht die Genesis der Verhandlungen über den österreichisch-englischen Handelsvertrag und sagt im Verlaufe seiner Rede: Es wäre nicht würdig und ehrlich gewesen, wenn man den geschlossenen Vertrag einfach wegen der erhobenen Schwierigkeiten gänzlich unerfüllt und dahingestellt hätte lassen wollen. Die Vertragspflicht und die Würde der Regierung gebot es, einen Compromiß zu finden, in welchem die Bestimmungen des Vertrages auf eine solche Weise zur Erfüllung gebracht werden konnten, daß die gegenseitigen Interessen und Ansprüche als gewahrt und befriedigt erscheinen und daß insbesondere unserer vaterländischen Industrie kein Nachtheil erwachse.

Als ein solcher Compromiß kam nun die am 8. September 1867 aufgenommene und am 1. Juli 1868 formulirte Nachtrageconvention zu Stande, die die gegenwärtige Regierung in der 135. Sitzung diesem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt hat.

Die Bestimmungen dieser Convention, insofern sie den Optativ-Verthzoll für Schafwolle und Baumwolle enthält, stießen in den Kreisen unserer Industriellen auf großen Widerspruch.

Der Finanzausschuß schlägt nun einen anderen Compromiß vor, einen Compromiß, welcher Anträge enthält, die dahin gehen, daß der Gewichtszoll aufrecht erhalten bleiben soll und es hat dieser Antrag das für sich, daß dadurch das in industriellen Kreisen mit Vertrauen bereits eingebürgerte System des Gewichtszolles aufrecht erhalten bleibt, ein System, welches, es läßt sich nicht leugnen, in der That mehr Sicherheit und Gewähr bei der Verzollung und für den Schutz der Industrie bietet.

Die Wahrnehmungen, die wir bisher gemacht haben, sind die, daß zu hoffen ist, daß mit den Gewichtszollfragen, welche gegenwärtig vom Finanzausschuße vorgebracht werden, Zustände herbeigeführt werden, welche unserer Industrie zwar einen Kampf eröffnen, den sie aber zu ihrem eigenen Nutzen mit Erfolg wird bestehen können.

Jetzt schon liegen zum Theile Beweise vor, daß in Bezug auf jene Artikel, wo man die englische Concurrrenz am meisten gefürchtet hat, Etablissements gegründet worden sind, welche mit sehr rühmlichem Erfolge den englischen Concurrrenz leisten und daß die inländische Industrie bei der Erzeugung jener Stoffe, bei denen man eine Ueberschwemmung vom englischen Markte her am meisten gefürchtet, eine Position eingenommen hat, die ihr zur größten Ehre gereicht, ein Beweis abermals dafür, daß ein gewisser Sporn und Anreiz zum Kampfe

führt, aber nicht zum Nachtheile dessen, der ihn mit Fleiß, Selbstvertrauen und Geschick aufnimmt. Ich hoffe aber auch, daß die vom Finanzausschusse vorgeschlagenen Gewichtszollsätze eine Basis bilden werden, welche von Seite der englischen Regierung angenommen werden wird, eine Basis, welche es uns ermöglichen wird, die schon lange schwebenden Verhandlungen zu Ende zu führen; ebenso erwarte ich, daß die Anträge des Finanzausschusses auch von Seite der ungarischen Regierung und Legislative werden acceptirt werden. In Ungarn ist eben die Convention bei der dortigen Legislative noch nicht zur verfassungsmäßigen Behandlung gelangt.

Die Anträge des Ausschusses enthalten aber auch solche Bestimmungen, welche den berechtigten Interessen und Wünschen Ungarns Rechnung tragen und ich glaube daher, daß auch von dieser Seite die verfassungsmäßige Zustimmung nicht ausbleiben wird. Alle diese Betrachtungen haben die Regierung zu dem Resultate geführt, daß ich Namens derselben hiemit erklären kann, daß sie die Anträge des Finanzausschusses acceptirt und umsomehr zu empfehlen findet, als dadurch die Möglichkeit geboten wird, eine schon so lange fortgesetzte Verhandlung ihrem Ende zuzuführen in einer Weise, wo die Regierung den einem auswärtigen Staate gegenüber eingegangenen Verpflichtungen gerecht wird, und diese in einer Weise erfüllt, welche mit den Interessen der inländischen Industrie vereinbar ist. Durch die Finalisirung dieser Angelegenheit fällt aber auch die letzte bindende Verpflichtung weg, welche in Bezug auf die Führung der Handels- und Zollpolitik als ein Ueberkommniß der Vergangenheit auf die gegenwärtige Regierung übergegangen ist. Von nun an hat die gegenwärtige Regierung vollkommen freie Hand, ihre Zoll- und Handelspolitik in einer Weise zu führen, welche sich in Uebereinstimmung mit den wiederholt ausgesprochenen Anschauungen und Gesinnungen der Reichsvertretung befinden wird. Ich empfehle daher dem hohen Hause die Annahme der Anträge des Finanzausschusses.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Desgleichen die vom Ausschusse beantragte Resolution.

Abg. Baron Rübek referirt über die Regierungsvorlage in Betreff der Bedingungen und Zugeständnisse für die Unternehmung einer Locomotiv-Eisenbahn von Przemyśl an die galizisch-ungarische Grenze bei Lupkow zur Verbindung mit dem ungarischen Eisenbahnneke.

Abg. v. Mende erklärt sich in der Generaldebatte gegen die Anträge des Ausschusses, da diese Bahn niemals einen Ertrag liefern könne und durch eine lange Reihe von Jahren subventionirt werden müßte. Er befürworte den Bau der Linie Speriess-Dukla und werde in der Specialdebatte einen Antrag bezüglich des Anschlußortes stellen.

Abg. Dr. Gustav Groß (Reichenberg) weist vor allem auf die strategische Wichtigkeit der projectirten Linie hin.

Abg. Dr. Franz Groß (Wels) meint, strategische Rücksichten wechseln mit der Person des Kriegsministers und für eine Bahn, die ausschließlich aus strategischen Rücksichten gebaut werden solle, wolle er keinen Kreuzer bewilligen.

Abg. v. Grocholski befürwortet die Annahme der vorliegenden Anträge im Interesse Galiziens, welches bis jetzt in keiner unmittelbaren Verbindung mit Ungarn stehe, obwohl dies für die Entwicklung des Landes von größter Wichtigkeit sei. Die Polen wären bereit, jederzeit für die Machtstellung des Reiches einzutreten, nur mögen auch ihre volkswirtschaftlichen Interessen genügenden Schutz finden.

Die Abgeordneten Baron Christian Koz und Lenz sprechen ebenfalls für die Annahme der Ausschussanträge.

Handelsminister v. Plener sucht die gegen die Vorlage vorgebrachten Bedenken zu widerlegen. Für den Bau der Linie Przemyśl-Lupkow sprechen nicht nur strategische, sondern auch ökonomische und technische Rücksichten.

In der Specialdebatte bemerkt bei Art. 1, welcher die Regierung zum Bau der Linie Przemyśl-Lupkow ermächtigt, Abg. Mende, daß er einen Gegenantrag stellen wollte, da jedoch die Abgeordneten aus Galizien selbst mit der vorgeschlagenen Linie sich einverstanden erklärten, entfalle für ihn die Verpflichtung, für den Bau einer anderen Linie das Wort zu ergreifen.

Der Gesetzesentwurf wird hierauf ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Steffens beantragt, den letzten Gegenstand — Petitionsberichte — von der Tagesordnung abzusetzen und erst dann zu erledigen, wenn die vorliegenden Ausschussberichte zur Erledigung gelangt sein werden. (Angenommen.)

Die Tagesordnung ist somit erschöpft.

Unmittelbar vor Schluß der Sitzung werden zwei Regierungsvorlagen, Nachtragscredits-Forderungen für den Bau der Donaubrücke bei Linz und zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Hochschule in Wien eingebracht.

Beide Vorlagen kommen — als dringlich — sofort zur ersten Lesung.

Abg. v. Grocholski interpellirt den Vorsitzenden, ob das Gerücht wahr sei, nach welchem die galizische Land-

tagsresolution nicht mehr in dieser Session zur Berathung gelangen werde?

Präsident Kaiserfeld erwiedert, daß dieses Gerücht völlig unbegründet sei und er den betreffenden Bericht morgen vertheilen werde.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen!

Nächste Sitzung morgen (Samstag.)

197. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 8. Mai.

Die Sitzung wird nach 11 Uhr eröffnet.

Präsident: Kaiserfeld.

Auf der Ministerbank: Herbst, Brestel, Berger, Plener, Giska.

Das Haus geht nach Erledigung der Einläufe zur Tagesordnung über.

Limbeck referirt über den Antrag des Ausschusses für die Notariatsordnung auf Anwendung des Gesetzes vom 30. Juli 1867, betreffend die Behandlung umfangreicher Gesetze für die Notariatsordnung. Es soll daher der Ausschuss bei Wiedereröffnung der Session sofort wieder zusammentreten.

Der Ausschussantrag wird genehmigt.

Vanderstraß berichtet über die Nachtrags-Creditsforderungen der Ministerien der Justiz, des Handels und des Innern.

Schindler beantragt, daß diese Nachtragsforderungen von der Tagesordnung abgesetzt und auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden sollen. Der Ausschuss habe sich auch dafür ausgesprochen, daß alle Nachtragsforderungen in ein Gesetz zusammengefaßt werden, dieses Gesetz aber nicht heute zur Berathung kommen solle.

Der Antrag Schindler's wird angenommen.

Klun referirt über das Gesetz, betreffend die Herstellung der Eisenbahnen von St. Peter nach Fiume und von Villach nach Franzensfeste.

Der Ausschuss beantragt das Gesetz anzunehmen und die Regierung aufzufordern, das Zustandekommen einer Eisenbahn von Pola durch Istrien zum Anschluß an das österreichische Eisenbahnnetz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Prato begrüßt die Vorlage mit Freude und empfiehlt deren Annahme. In der Specialdebatte wird § 1 angenommen, bei § 2 fragt Dr. Sturm den Berichterstatter, wie es komme, daß für die Bahn St. Peter-Fiume der ungewöhnliche Betrag von 1.450,000 fl. per Meile garantirt ward.

Minister Plener beruft sich auf die seinerzeit übergebene Denkschrift und die Kostenüberschläge. — Die weitere Anfrage Sturm's, ob, wenn die Südbahn die Concession für diese Bahnen erhalte, die im § 2 enthaltenen Bedingungen auch für die Südbahn gelten würden, verneint der Minister, da in dem Falle die im Art. III enthaltenen Bestimmungen in Wirksamkeit treten würden.

Sturm erklärt sich mit der Aufklärung zufriedengestellt.

Das ganze Gesetz wird hierauf ohne Debatte und sofort in dritter Lesung genehmigt. Auch die obererwähnte Resolution wird angenommen.

Petrino berichtet über das Gesetz die Bahn Graz-St.-Gotthardt betreffend.

Art. 1 wird ohne Debatte genehmigt.

Zu Art. II ergreift Wolfrum das Wort und beantragt für die Meile der Graz-Maaber Bahn statt der vom Ausschuss bewilligten 800,000 fl. nur 728,000 fl. zu garantiren.

Dr. Gustav Groß, Rübek und Steffens vertheidigen den Ausschussantrag; Lenz, Wolfrum und Sturm sprechen gegen denselben. Letzterer beantragt, wie die Regierungsvorlage, nur 680,000 per Meile zu bewilligen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Sturm's ist das Resultat zweifelhaft — es muß namentlich abgestimmt werden.

Der Antrag wird mit 62 gegen 68 Stimmen abgelehnt, der Antrag Wolfrum's (728,000 fl.) angenommen. (Beifall.)

Die übrigen Artikel des Gesetzes werden ohne Debatte genehmigt.

Das Gesetz passirt sofort die dritte Lesung.

Steffens referirt über das Gesetz wegen Umgestaltung der Linz-Budweiser Pferdebahn in eine Locomotivbahn mit einer Zweigbahn von Wartenberg nach St. Valentin.

Art. 1 wird ohne Debatte angenommen.

Art. 2 ruft eine längere Debatte hervor.

Formuzaki findet die Zinsengarantie für ein Anlagecapital von 1.340,000 fl. per Meile zu hoch. Er beantragt diese Ziffer auf eine Million zu reduciren.

Schindler will wissen, ob die Kosten der Brückenschlagung bei Linz und St. Valentin bereits in die vom Ausschuss beantragte Summe eingerechnet sind.

Plener erklärt, daß die Erbauungskosten der beiden Donaubrücken allerdings in die veranschlagte Summe einbezogen sind. Redner hebt die Wichtigkeit der Linie als Verbindung zwischen der West- und der Franz-Josephs-Bahn hervor und befürwortet die Genehmigung der beantragten Summe von 1.340,000 fl.

Sturm findet die Summe zu hoch; er beantragt schließlich die Einstellung von 1.200,000 fl.

Meyer ist ebenfalls für die Regierungsvorlage. Die Bahn wird nicht nur eine Aenderung in den Locomotiven, sondern auch in der Trace erfahren. Während die Strecke gegenwärtig 17 Meilen sich hinzieht, wird sie künftig nur 15½ Meilen betragen.

Brestel sagt, daß es bei dieser Bahn nicht so sei, wie bei anderen, wo der garantirte Maximalbetrag eigentlich das Minimum war; hier haben die Actionäre ein Interesse an der Verringerung der Herstellungskosten und der Staat ist darum hier nicht derart belastet, wie dies bei anderen Bahnen der Fall ist. (Bravo!) Die Summe, die also im Gesetzesentwurf beantragt wird, erscheint durchaus als nicht zu hoch gegriffen.

Bei der Abstimmung fällt der Antrag Formuzaki, und Sturm's Antrag auf Einstellung von 1.200,000 fl. wird angenommen.

Im Uebrigen wird das Gesetz ohne weitere Debatte nach der Regierungsvorlage angenommen und passirt sofort die dritte Lesung.

Es wird Schluß der Sitzung beantragt und angenommen.

Nächste Sitzung: Montag.

Zum Todestag Napoleons I.

Der 5. Mai, der Todestag des ersten Napoleon, gibt dem „Constitutionnel“ Anlaß zu nachstehenden Worten:

„Am 5. Mai 1821 um halb 7 Uhr Morgens, in dem Augenblick, da die Sonne der Tropen die Felsen von Sainte-Helena erleuchtete, erlosch die größte, die strahlendste Existenz unseres Jahrhunderts unter dem bescheidenen Dache von Longwood. Napoleon war gestorben. Europa nahm diese Nachricht mit tiefer Erschütterung auf. Die alten Soldaten des Kaiserreichs wollten an den Tod ihres Generals nicht glauben. Die Worte: „Napoleon ist todt“ erklangen ihrem Ohr wie eine Lästerung. Wer von dem heutigen Geschlechte unter der Restauration ein Kind war, erinnert sich noch, wie er damals sagen hörte, der Kaiser werde an der Spitze einer gewaltigen Armee wieder nach den Tuilerien kommen.“

Seine sterbliche Hülle ruht bei den Invaliden, am Ufer der Seine, „inmitten jenes französischen Volkes, welches er so geliebt hat.“ Er ist erfüllt, dieser in dem letzten Sage seines Testaments ausgesprochene Wunsch. Aber das ist nicht alles. Die alten Ruhmeszeugen, die alten Diener des großen Feldherrn, ziehen hin, um Blumen und Kränze auf sein Grab niederzulegen; die Kirche bringt ihre Gebete dem Andenken des Helden dar, welcher die Altäre wieder ausgerichtet hat.

Dies ist der Theil der Vergangenheit; ein anderes ist das der Gegenwart und Zukunft.

Die napoleonische Dynastie ist auf der breitesten und festesten Grundlage errichtet. Begründet auf das allgemeine Stimmrecht, wird sie sich durch seinen Bund mit der Freiheit noch verstärken. Und der Souverän, welcher gegenwärtig die napoleonische Dynastie vertritt, kann sagen, wie sein ruhmvoller Ahne: „Ein Platz war offen: der meinige. Ich habe nichts entthront als die Anarchie.“

Die Wahlbewegung in Frankreich.

Die Wahlbewegung in Paris macht Fortschritte. Die Mauern fangen an, sich mit Wahlmanifesten zu bedecken. Im dritten Wahlbezirk ist bereits das von Bancel angeschlagen. Regen Eifer entwickelt der kleine Thiers, welcher die frühere Wohnung Berryers in der Nähe des Place Vendome gemiethet hat. Es wird dort, so zu sagen, eine permanente Wahlversammlung abgehalten. Alle Freunde Thiers finden sich zahlreich ein, darunter Remusat, Duvergier de Léranne, bekanntlich sein intimer Vertrauter, Prevost-Paradol, u. a. Es wird dort über alles geredet. Ollivier, welcher im Var-Departement war, um seine Wahl zu betreiben, ist wieder nach Paris zurückgekehrt. In einem Circularschreiben an seine dortigen Wähler sagt er, daß ihn seine Pflicht nach Paris rufe. Guéraults Candidatur wird nach wie vor ziemlich stark angefeindet. Der „Temps“ macht ihm besonders zum Vorwurfe, sich der Dictatur zu ruhig geschniegelt und sich mit ihr abgefunden und eine zu große Vorliebe für die Hausmannsche Zerstörungswuth zu haben.

Was Devinc's Candidatur (er tritt Thiers gegenüber auf) anbelangt, so ist dieselbe jedenfalls eine kühne. Derselbe beansprucht ein Mandat, um die Staatsfinanzen zu überwachen, und verstand nicht einmal, den ungeheuerlichen Uebergriffen des Herrn Hausmann den geringsten Widerstand zu leisten. Sibiat, der zum Thiers-parti übergegangene Director des „Constitutionnel“, hat jetzt sein Wahlschreiben an die Wähler des vierten Wahlbezirk des Dordogne-Departements gerichtet. Das Wahlschreiben Prevost-Paradols ist jetzt auch bekannt. Derselbe ruft in demselben den verstorbenen Lanjuinais an und scheint sich zu dessen Grundsätzen zu bekennen. Heute meint er, handle es sich aber hauptsächlich darum, das persönliche Regiment durch eine parlamentarische Regierung zu ersetzen, und dahin müsse Jeder streben.

Simons Wahl in Paris ist als vollständig gesichert zu betrachten. Dienstag war er in Neuilly, wo er einer Privat-Wahlversammlung anwohnte und sich die allgemeine Sympathie errang. Sein Gegner ist der Advocat Lachaud, der als Advocat ganz beliebt, aber als politischer Mann in keinem Ansehen steht. Im Departement der Loire tritt der Vicomte de Meaux als Candidat auf. Derselbe spricht sich in seinem Wahlschreiben mit großer Energie zu Gunsten des Friedens aus. Dies ist jedenfalls bezeichnend. In Brest tritt Sullber, der ehemalige Marine-Lieutenant, der bekanntlich Paul de Cassagnac auf der Redaction des „Pays“ eine Ohrfeige gab, als Candidat auf.

Das Auftreten Rocheforts in der Wahlfrage ist geeignet, der liberalen Partei in Frankreich schlimme Dienste zu leisten. Freilich hat er nicht Unrecht, den Carnot, Garnier-Pagès, Marie, und wie die Demokraten von 1848 alle heißen, zuzurufen, sie möchten den jüngeren Platz machen, aber wenn der Brüsseler Flüchtling ihnen einen Vorwurf daraus macht, daß sie sich in der Kammer stets ruhig niedergesetzt, wenn die Mehrheit ihre Anträge verworfen, so sieht man daraus, daß Rochefort eben alles andere eher, denn ein politischer Kopf ist. Man könnte ihm schwerlich einen schlimmeren Dienst erweisen, als wenn man seine Candidatur ernst nähme, ihn wählte und dann in den Fall brächte, im parlamentarischen Leben etwas anderes zu thun, als seine demokratischen Concurrenten bisher gethan haben, wenn sie sich in der Minorität befanden, Rochefort ist eben das enfant terrible der Partei, deren Führer bis heute offen bereuen, ihm zur Berühmtheit verholfen zu haben.

In Paris hat die Regierung keinen officiellen Candidaten, und die Maires der 20 Arrondissements haben keinerlei Weisung erhalten, irgend einen Bewerber zu patronisiren. Da man den Wahlversammlungen überall da nicht anwohnen darf, wo man nicht selbst Wähler, ist man auf den Ausweg verfallen, das Gesetz zu umgehen, indem man die Bestimmung benutzte, welche jenes Recht allen denen zugestehet, die als Candidaten vorgeschriebenen Eid geleistet haben. Am Dienstag leisteten nahezu 600 politische Persönlichkeiten diesen Eid zu dem einzigen Zwecke, allen Wahlversammlungen beiwohnen zu können.

Am Dienstag fand im Saale „de Près aux Cleres“ eine große Wahlversammlung statt, in der die Herren Gueroult, Cochin und Briffon zu den Wählern sprachen. Letzterer namentlich hatte einen ungemeinen, nicht vorausgesehenen Erfolg bei den Wählern dieses sechsten Bezirks, der gleichzeitig sehr ultramontane und sehr radicale Elemente enthält, so daß die Mittelpartei Gueroult's Mühe haben wird, wiederum zur Geltung zu gelangen. Briffon stellte sich als Vertreter der Idee hin, welche die 1852 verlorenen Rechte und Freiheiten, ohne sich ein Maßeln gefallen zu lassen, uneingeschränkt wieder verlangt.

Die Lage Spaniens.

Wien, 7. Mai. Ueber die neuesten Vorgänge in Spanien wird dem „Volkfreund“ geschrieben: „In Cadix, Malaga und Ober-Aragonien befürchtet man republikanische Aufstände. Wie es heißt, soll der preussische Gesandte den Herren Prim und Dozaga eine Depesche des Herrn v. Bismarck vorgelesen haben, in welcher gesagt wird, daß, wenn die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen sollte, man die des Herzogs von Aosta unterstützen müsse; übrigens wird versichert, daß General Prim von dem preussischen Staatsmanne ein confidentielles Schreiben erhalten habe. Wenn die Cortes über den Throncandidaten werden abzustimmen haben, berechnet man 110 bis 120 Stimmen für den Herzog von Montpensier, dann sind 60 republikanische Stimmen, die keinen Throncandidaten annehmen werden; dreißig Progressisten warten auf die Ordre Prim's und Rivero's, und die reinen Monarchisten werden sich entweder der Abstimmung enthalten oder für Carlos VII. votiren; es scheint übrigens fast unmöglich, daß irgend jemand eine absolute Majorität erlange. In Zafallos in Navarra hat es einen carlistischen Tumult gegeben, in Folge dessen der Cavallerie-Oberst Lagunero und zwölf andere Personen verwundet worden sind. In Cindad verlangte das Parterre die Anstimmung der republikanischen Riego-Symne, die anwesenden Soldaten beehrten jedoch, daß der königliche Marsch gespielt werde und riefen: „Es lebe Carl VII.“ Aehnliche Vorgänge fanden in Cuenca statt. In den bastischen Provinzen ist die carlistische Bewegung so im Zunehmen, daß es schwer sein wird, einen allgemeinen Aufstand zu verhindern.“

Rusland.

Florenz. (Die telegraphisch gemeldete Demission des Ministeriums) hat das Eigenthümliche, daß sie in einem Momente erfolgte, in welchem die Regierungsmajorität in der Kammer eine überaus wesentliche Verstärkung erhielt. Allerdings waren der Erzielung dieses Resultates Verhandlungen vorhergegangen, in denen eine theilweise Modification des Cabinets zur Bedingung gemacht worden war. Wie dem aber auch sei, so müssen doch jedenfalls die Ergebnisse der Kammer Sitzung vom 3. d. M. als höchst werth-

voll für ein Cabinet Menabrea angesehen werden und in diesem Sinne werden sie auch von der officiösen „Correspondance Italienne“ aufgefaßt, wenn sie sagt: „Die Kammer zählt jetzt drei scharf gesonderte Fractionen. Die Oppositen um jeden Preis zählt 22 Anhänger, die Linke, die gern ans Ruder kommen möchte, 77 und die jetzt so ansehnlich verstärkte Regierungspartei 168 Mitglieder. Mit einer solchen Majorität wird auf dem vorgezeichneten Wege, dem die Zustimmung früher zwieträtig gewesener Elemente jetzt zu Theil geworden ist, mit Entschiedenheit vorgeschritten werden können. Wir freuen uns dieses schönen Resultates, das ganz danach angethan ist, selbst das Mißtrauen unserer hartnäckigsten Gegner zu besiegen. Trotz ihrer Gegenanstrengungen zeigt Italien in diesem Augenblicke, was eine Regierung ausrichten könne, die es sich angelegen sein läßt, dem öffentlichen Geiste einen richtigen Gedankengang vorzuzeichnen und schädliche Erschütterungen zu beseitigen. Die Neubildung einer Majorität, die alle Fractionen der conservativen und liberalen Partei in sich begreift, ist unverkennbar unter dem Drucke der öffentlichen Meinung und in Folge der unwiderstehlichen Zustimmung besonnener Köpfe zu Stande gekommen. Das Verhalten der Bevölkerung im Sinne der Durchführung des von der Regierung begonnenen Restaurationswerkes, der Aufrechthaltung der finanziellen Verpflichtungen des Staates, der Ordnung und des Rechtes lassen keinen Zweifel über den Willen der großen Majorität des italienischen Volkes aufkommen. Die Wiederherstellung der Regierungspartei auf der Basis eines solchen Programmes entspricht den von ihm fundgegebenen Wünschen und darum ist die eben vorgefallene parlamentarische Evolution ein sehr glückliches Ereigniß für Italien, das natürliche Resultat der inneren Situation und einer Richtung der öffentlichen Meinung, zu der wir uns aufrichtig Glück wünschen dürfen. Wir thun dies um so mehr, als nun der bedauerlichen Spaltung zwischen einigen Provinzen und den übrigen Theilen des Reiches ein Ende gemacht ist, einer Spaltung, in Folge deren Männer von der Theilnahme an der Regierung ferngehalten wurden, die sowohl in Folge ihres Charakters, als ihrer geschäftlichen Erfahrung überaus annehmbar erschienen.“

Tagesneuigkeiten.

— (Schonet die Vögel.) Der Thierschutzverein in Wien hat mit Unterstützung Sr. Excellenz des Herrn Ackerbauministers Grafen Potocki einen vom Vereinssecretär A. Khuen verfaßten Mahnruf zur Schonung der Vögel herausgegeben und 1585 Ortsgemeinden, 1050 Schulen und 34 landwirtschaftliche Vereine mit je einem Exemplar theilt und noch mehrere hundert Exemplare dem k. k. Ackerbauministerium zur Verfügung gestellt. Die in einfacher, aber eindringlicher Sprache geschriebene Schrift wurde mit dem neuen Vogelschutzgesetz für Niederösterreich in Verbindung gebracht, dessen Bestimmungen sie auch mittheilt und der Bevölkerung ans Herz legt, damit die von Sr. Majestät im Jahre 1857 im Prießnitz-Thale zu Wödling gesprochenen Worte: „Beschützen Sie die kleinen Thierchen, sie sind der Feldwirtschaft nützlich!“ endlich zur Wahrheit werden.

— (Eine wohlthätige Räuberbande.) Vor einigen Tagen ritt ein junger Mann in die Umgebung von Wien. Auf einer einsamen Wiese angelangt, fand er zu seinem Schrecken mehrere wild ansiehende Männer versammelt, von welchen einer beim Anblick des Reiters mit gemessenen Schritten an denselben herangeht und in die Brusttasche greift. Der junge Mann glaubt in der nächsten Minute durch einen Pistolenschuß getödtet zu werden, als er zu seinem größten Erstaunen in höflichem Tone die Worte hört: „Hier haben Sie 100 Gulden — aber entfernen Sie sich augenblicklich.“ Sprachlos empfängt der junge Mann die Banknote, die er mechanisch zu sich steckt und reitet in scharfem Trab nach Hause. Dort klärt sich das Räthsel auf; die vermeintlichen Räuber waren ehrsame Speculanten, die sich im Walde zu einer Holzlicitation eingefunden hatten und die 100 fl. opferien, um sich eines vermeintlichen Concurrenten zu entledigen.

— (Bahnzerstörung durch Wolkenbruch.) Die Prager „Bohemia“ schreibt: Reisende, welche gestern (6.) Abends von Dresden hier ankamen, erzählten, daß, als der Bodenbacher Zug bei Resterichs anlangte, in Folge des niedergegangenen Wolkenbruches noch förmliche Cascaden von den Bergabhängen in das Thal fielen und brausend in förmlichen Strömen sich der Elbe zuwälzten. Des Wasser riß ganze Strecken Getreidefelder von den Bergabhängen sammt Humus mit fort in die Elbe. Viele Häuser und Höfe waren bis vier Schuh hoch unter Wasser; von Unglücksfällen wurde bis jetzt nichts bekannt. Auch die Teplitzer Schlepfbahn in Aufsig war vollständig verschlammt. Das Gewitter brach fast zu gleicher Zeit in Bodenbach, Aufsig, Prag und Böhm.-Trübau los, doch nirgends mit solcher Behemung wie bei Resterichs. Die Passagiere des Dresdener Personenzuges stiegen vor Resterichs aus und fuhren mit dem vor der unsahrbaren Strecke haltenden gemischten Zuge nach Prag. Heute wird die verschüttete Bahnstrecke wieder fahrbar sein.

— (Petroleumexplosion.) In Schodnica bei Drobobzir in Galizien hat, wie ein Lemberger Correspondent dem „Wanderer“ schreibt, eine Petroleumexplosion in den dortigen Gruben einen großen Schaden angerichtet.

Glücklicherweise ist kein Menschenleben zu bedauern, obwohl mehrere Arbeiter stark verletzt wurden.

— (Wie riesenhaft der Wasserdruck ist), gegen den das atlantische Kabel zu kämpfen hat, zeigt eine Thatsache, die noch nicht viel bekannt sein dürfte. Wenn ein Schiff auf der Fahrt nach Amerika die großen Tiefen erreicht hat, wird dem Reisenden jetzt gewöhnlich folgender interessante Versuch gezeigt: Eine Flasche Champagner, die vollkommen unberührt und verschlossen ist, wird mit dem Sentblei so tief wie möglich hinabgelassen und nach einigen, vielleicht zehn Minuten, wieder heraufgezogen. Statt des Champagners findet man jetzt beim Auflösen des Drahtes und Öffnen des Korkes eitel Meerwasser, trotzdem der Flaschenverschluß vollkommen unverfehrt war. Der starke Druck der über der Flasche lastenden Wassersäule hat nämlich das schwere Meerwasser durch die Poren des Korkes und des Glases hineingepreßt, während der leichtere, moussirende Wein herausgedrückt wurde.

Cardinal Saulik †.

Der Cardinal-Erzbischof von Agram, Saulik, ist am 8. Mai gestorben. Der Verstorbene, welcher der Sohn eines unbemittelten Wirthschaftsbeamten war, wurde am 20. April 1788 zu Tyrnau in Ober-Ungarn geboren, wofolbst er auch seine Studien zurücklegte. 1811 zum Priester geweiht, begann er seine Laufbahn als Hilfsprediger in Komorn. Bald erregte er durch seine seltenen Geistesgaben die allgemeine Aufmerksamkeit und stieg nun in rascher Folge von Stufe zu Stufe aufwärts. Bereits 1830 wurde er zum Titularbischofe ernannt, später geadelt und mit dem Großkreuze des St. Stefan- und St. Leopold-Ordens ausgezeichnet. Am 26. März 1853 wurde Saulik als Erzbischof von Agram inthronisirt.

Saulik nahm als Humanist den ersten Platz unter den Kirchenfürsten der Gegenwart ein. Die zahlreichen, wohlthätigen Stiftungen, die er geschaffen, bestimmte er fast ausnahmslos für Dürftige aller Confessionen, weil nach seinen eigenen Worten „die christliche Liebe in diesem Betracht keinen Unterschied kennt.“

Auch als Freund und Schützer der Künste wird Saulik's Name insbesondere in der Geschichte Croatiens unverwischbar bleiben. So legte er u. a. mit ungeheurem Kostenaufwande den herrlichen Jurjavespark bei Agram, die schönste Pierde dieser Stadt, an.

Als Politiker war der Verbliebene ein Anhänger des Centralismus und Fortschrittes. 1849 wurde er von Kosuth als Hochverräther erklärt und seine Güter confiscirt. In neuester Zeit nahm er regen Antheil an den Arbeiten des croatischen Landtages. Nach alledem kann über Cardinal Saulik nur eine Stimme herrschen: Ausgezeichnet durch hohes Wissen, regen Sinn für Schönes und Gutes, seltene Reinheit der Sitten, Milde und Verhältnlichkeit, war er ein wahrer Priester und Kirchenfürst.

Locales.

— (Prinz Napoleon) ist mit dem vorgestrigen Sitzge hier durch nach Agram gereist. Derselbe kam von Triest, wo er sich jedoch nur ganz kurze Zeit aufhielt. Gestern passirte der Prinz bereits wieder auf der Rückreise nach Triest mit Separatzug unsere Stadt. In Adelsberg sollte ein Aufenthalt von wenigen Stunden und Besichtigung der Grotte stattfinden.

— (Krankenstand im allgemeinen Krankenhaus im Monate April 1869.) Am Schlusse des Monates März 1869 sind in der Behandlung geblieben 383 Kranke, 130 Männer und 250 Weiber. Zugewachsen sind im Monate April 1869 162 Kranke, 91 Männer und 71 Weiber. Entlassen wurden 160 Personen, 84 Männer und 76 Weiber. Gestorben sind 6 Männer und 6 Weiber, so verblieben in der Behandlung 373 Kranke, 131 Männer und 242 Weiber.

— (Ueber den vorgestern stattgefundenen Tabor von Steinberg) erhalten wir nachstehende verlässliche Nachrichten: Schauplatz dieser Volksversammlung war eine Wiese des dem ehemaligen Landtagsabgeordneten Miroslav Vilhar gehörigen Gutes Steinberg nächst Zagurje, Gerichtsbezirk Feistritz. Für die Redner, Schriftführer, das Comité und das Regierungsorgan war eine Tribüne, von welcher ein schwarzgelbes Banner wehte, errichtet. In der versammelten Volksmenge von höchstens 4500 Personen waren fast alle Ortschaften der Steuerbezirke Feistritz, Adelsberg und Senofsch und theilweise auch die Bezirke Wippach und Planina vertreten. Ungefähr 400 Personen waren aus den küstländischen Bezirken Sessana und Bolosca und der Umgebung Triest's erschienen. Der Laibacher „Sokol“ in einer Stärke von 45 Mann, seinen Starosta Debevec an der Spitze, und acht Citalnicas mit ihren Fahnen waren angekommen und die Musikbande von Adelsberg trug zur Erheiterung der Menge bei. Die Ortschaft Zagurje und das Gut Steinberg waren mit slovenischen Fahnen, Keisig und Inscriften geschmückt.

Um 2 Uhr Nachmittags eröffnete Dr. Costa die Versammlung mit einer Begrüßung der Versammelten und einem Hochrufe auf Sr. Majestät den Kaiser, worauf er den Herrn k. k. Bezirkshauptmann Globocnik als Regierungsorgan vorstellte. Dr. Costa wurde nunmehr mit Acclamation zum Obmann gewählt und theilte zunächst die eingeladenen Begrüßungstelegramme der Citalnicas in Triest, Binska dolina, Rudniz in Böhmen, Mirna bei Görz, Görz selbst, von den Slovenen in Prag, von der Omladina hrvatska in Graz und von Dr. Bleiweis mit.

Von den Reden wäre zunächst zu erwähnen, daß der Bürgermeister von Castua über die Vereinigung der Slovenen in ein Verwaltungsgebiet kroatisch sprach, und Theolog Domicej über die Einführung des Slovenischen in die Schule fast 3 Stunden sehr weisheitsreich, fortwährend durch Zeichen der Ungeduld unterbrochen, sprach und zuletzt abbrechen mußte, ohne seine Absicht, auch die Trennung der Schule von der Kirche zu besprechen, ausführen zu können. Er schloß mit dem effectvollen Passus: Man möge uns lieber den alten Glauben, die alten Rechte lassen, als neue Steuern auflegen, da doch schon die alten unerträglich seien.

Würdig und gemessen sprach sodann Dr. Lavrič, Advocat in Görz, über Einführung der slovenischen Sprache in das Amt. Die gleiche Frage behandelte nach ihm Gemeindefekretär Staidl von Castua in croatischer Sprache. Victor Dolenc aus Görz plaidierte sofort für eine selbständige Feuerassuranz für Krain in Laibach mit imperativer Beteiligung, wobei er aufmerksam machte, daß Krain bei der wechselseitigen Versicherungsgesellschaft mit 26 pCt. gegenüber Kärnten und Steiermark belastet sei. Punkt 4 (Wiedereinführung der Taglia für Erlegung von Raubthieren) wurde fallen gelassen, weil Dr. Costa darauf hinwies, daß der Gegenstand bereits sowohl von der Regierung als dem Landesauschusse in Verhandlung genommen wurde. Ueber die Wiederbewaldung sprach sodann Dr. Costa, indem er die Präsidentschaft an Dr. Lavrič abtrat, ohne jedoch besonderen Effect zu erzielen. Schließlich begrüßte ein gewisser Klavzar aus Görz die Versammlung im Namen der dortigen Slovenen, indem er mit den Worten schloß: Ne vdajmo se! (ergeben wir uns nicht!) Noch wurden die mittlerweile eingelangten Begrüßungstelegramme der Citavnica's von Fiume, Prošek und Djal verlesen und der Tabor sohin von Dr. Costa geschlossen. Zum Andenken an diesen Tag wurde eine zinnerne Medaille geprägt und am Platz verkauft. Leider blieb der Tag nicht ohne Unfall, einem armen Familienvater von Senofisch wurde beim Mörserladen das Gesicht und eine Hand stark verletzt.

(Herr Commerzienrath Krupp aus Essen), der in weiteften Kreisen bekannte erste Großindustrielle Preußens, ist vorgestern auf der Rückreise von Nizza sammt Familie im hiesigen Hotel Elefant zu ein-tägigem Aufenthalte abgestiegen. Die Fahrt von Venedig nach Triest hatte derselbe mittelst Extradampfer des Lloyd zurückgelegt, und wurde auch die Adelsberger Grotte besucht.

(Die Creditanstalt und die Strecke Laibach-Tarvis.) Das „N. W. Tagbl.“ schreibt: Neueren Bestimmungen zufolge dürfte die Creditanstalt denn doch allein die Geldbeschaffung für die Strecke Laibach-Tarvis übernehmen, und zwar dürfte die Creditanstalt dabei einem vielseitig kundgegebenen Wunsche entgegenkommen und das Bezugsrecht auf die Emission der dritten Serie der Rudolfsbahn den Besitzern der beiden frühern schon emittirten Serien überlassen. Nachdem nun bereits für 24 Millionen Gulden Actien im Verkehr befindlich sind, so würde man dem Besitzer von je drei alten Actien eine neue Actie zum Course von 155 offeriren. Es fragt sich allerdings, ob es für den Besitzer der alten Actien einen Werth hat, sein Bezugsrecht geltend zu machen. Wir glauben diese Frage entschieden bejahen zu sollen, weil sich der Durchschnittscurs der Actien nach Abgang des Bezugsrechtes auf 160 stellt, während der Emissionscurs zwischen 155 und 156 betragen wird. Man wollen wir allerdings nicht in Abrede stellen, daß die Actien durch die Vermehrung der Stücke um weitere acht Millionen Gulden nicht besser werden, aber immerhin bleibt den Subscribenten noch eine Marge von mindestens 5 fl., von der sie erfahrungsgemäß auch den entsprechenden Nutzen ziehen werden. Eine officielle Kundgebung über nähere Modalitäten dürfte erst später erfolgen.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte Laibach.) Am 12. Mai. Josef Abhin: Betrug; Johann Borman und 6 Genossen: Diebstahl und Betrug. — Am 13. Mai. Leopold Celebnik: Nothzucht; Andreas Gasperlin und Georg Prosen: schwere körperliche Beschädigung; Johann Sezun: öffentliche Gewaltthätigkeit;

Josef Horzen: Majestätsbeleidigung und schwere körperliche Beschädigung; Johann Sitouc und Michael Zerman: schwere körperliche Beschädigung. — Am 14. Mai. Gertraud Bramisel und 2 Genossen: Diebstahl; Barbara Celhar: schwere körperliche Beschädigung; Michael Vorstner und 3 Genossen: Diebstahl.

Eingefendet.

Die vom Staate Braunschweig ausgegebenen, von der Firma Bottenwieser & Co. in Hamburg im heutigen Blatte angekündigten Prämien-Lose finden viele Abnehmer. Wir können für den Bezug dieser beliebten Lose die genannte Firma, die in allernuester Zeit wieder viele bedeutende Gewinne in Oesterreich ausgezahlt hat, angelegentlich empfehlen und machen alle diejenigen, die sich der Vermittlung eines anerkannt soliden Hauses bedienen wollen, auf die betreffende Annonce besonders aufmerksam

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 10. Mai. Se. Majestät der Kaiser wird Freitag Abends um 8 Uhr die Mitglieder beider Häuser des Reichsrathes in den großen Appartements der Hofburg empfangen und Samstag Vormittags die Reichsrathssession im Ceremoniensaal feierlich schließen. — Die „Abendpost“ beruhigt bezüglich Deponirung der Militärcanitionen.

Prag, 9. Mai. (N. W. Tgbl.) Heute Nacht wurden in den Straßen der Stadt und der Vorstädte gedruckte Plakate revolutionären Inhaltes gefunden. Das Programm für das am 16. d. auf dem Belvedere stattfindende Meeting ist an den Straßenecken veröffentlicht.

Triest, 9. Mai. Prinz Napoleon hat der gestrigen Vorstellung im städtischen Theater in der kaiserlichen Loge beigewohnt und wurde vom Publicum lebhaft begrüßt. Heute Morgens ist der Prinz nach Agram abgereist.

Agram, 9. Mai. Prinz Napoleon ist um 3 Uhr Nachmittags hier angekommen und im Hotel zum Kaiser von Oesterreich abgestiegen.

St. Gallen, 9. Mai. Einer telegraphischen Meldung an den Landammann Sailer zufolge ist der Rhein durch Föhn-Regen bedeutend gestiegen und ist das Hochwasser in Eichenwies bei Oberriet eingebrochen.

Bremen, 9. Mai. Die Vertreter des Bremer Comités der Nordpol-Expedition beschlossen gestern, daß die Abfahrt der Expedition am 7. Juni stattfinden solle und daß dieselbe so ausgerüstet werde, um eine Ueberwinterung möglich zu machen.

Paris, 10. März. (Tr. Ztg.) Das „Journal officiel“ meldet: Das Kaiserpaar besuchte gestern die Landwirtschaftsausstellung in Chartres. Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Kaiser: Ich vergaß nicht die gute Aufnahme, die ich vor 20 Jahren als Präsident in Chartres fand. Hier appellirte ich damals das erste mal an die Versöhnlichkeit, heute nach einer siebenjährigen Periode der Ruhe und des Wohlergehens führe ich dieselbe Sprache, aber mit mehr Autorität und Vertrauen, und lade die ehrenwerthen Leute aller Parteien ein, die Regierung auf ihrer freisinnigen Bahn zu unterstützen und die das unerfütterliche Werk des allgemeinen Stimmrechtes bedrohenden Leidenschaften zu bekämpfen. Ich zweifle nicht, daß das Volk bei den bevorstehenden Wahlen würdige Männer mit dieser civilisatorischen Mission betrauen werde, ich rechne auf die Bewohner von Chartres, weil sie einen Theil jener acht Millionen Franzosen bilden, die mir schon dreimal ihre Stimme gaben und von glühendem Patriotismus besetzt sind. Wahre Vaterlandsliebe ist die beste Garantie für Ordnung, Fortschritt und Freiheit.

Madrid, 8. Mai. (Cortesitzung.) Es fand eine lange Debatte in der Angelegenheit des Groß-Almoseniers statt. Die bezüglichen Acten werden einem Congresse vorgelegt werden. Ueber eine Aeußerung Balaguer's weist Prim energisch den Vorwurf zurück, daß er nach

der Diktatur oder der königlichen Würde strebe. Seit einziger Wunsch sei, die Errungenschaften der Revolution consolidirt zu sehen. Er erklärt weiters, die Regierung kenne die wahre Sachlage in Catalonien und könne versichern, es sei keine Gefahr eines Bürgerkrieges vorhanden.

New-York, 8. Mai. Die Unionsregierung ordnete gemäß der „Sinkin-Fundacte“ den wöchentlichen Ankauf von 5.20er Bonds im Betrage von einer Million Dollars an.

Telegraphische Wechselcourse vom 10. Mai.

5perc. Metalliques 61.90. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.90. — 5perc. National-Anlehen 69.60. — 1860er Staatsanlehen 101.20. — Bankactien 749. — Creditactien 284.40. — London 124.20. — Silber 121.75. — R. f. Ducaten 5.89

Handel und Volkswirthschaftliches.

Unificirung. In Folge einer Anordnung des k. k. Finanzministeriums wurden die Course für die Aufzahlungen der Parteien auf die durch Theilschuldverschreibungen nicht bedeckbaren Beträge bis auf weiteres dahin abgeändert, daß dieselben bei Aufzahlungen der Parteien für die in Noten verzinssicheren neuen Schuldmittel der einheitlichen Staatsschuld mit 62 Percent, für die in klingender Münze verzinssicheren Schuldmittel der einheitlichen Staatsschuld mit 70 Percent und für die Hinauszahlungen an die Parteien zu einem und zwei Percent minderen Course als die eben genannten festgesetzt werden.

Südbahn. Dem, bei der in Paris am 28. April abgehaltenen Generalversammlung der Südbahngesellschaft, zum Vortrage gekommenen Jahresberichte zufolge betragen die gesammten Erwerbungs-, Bau- und Einrichtungskosten mehr als 1234 Mill. Die gesammten Betriebseinnahmen der Bahn betragen bei 121 Millionen; die gesammten Auslagen des Betriebes und der Verwaltung bei 47 Millionen, 38.8 Percent der Einnahmen, nämlich 34.1 Percent für Oesterreich, 45.2 Percent für Italien. Das reine Erträgniß betrug 74 Millionen, welche sich auf die Zinsen der Schuld und auf die Actionäre vertheilen

Krainburg, 10. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 63 Wagen mit Getreide, 9 Wagen mit Heu und Stroh und 16 Wagen mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, Item, Unit, Price. Includes items like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Angewandte Fremde.

Am 8. Mai.

Stadt Wien. Die Herren: Zente, Händler und Koffan, Panelski, von Gottschee. — Trepsche, Handelsm., von Serpenica. — Bogacnik, Verwalter, von Lößlig. — Bindermann, k. k. Geometer, von Kafel. — Fernhart, k. k. Geometer, von Klagenfurt. — Graf Attems, von Görz. — Krupp, von Eisern. — Haml, Kaufm., von Gottschee. — Horvath, Kaufm., von Littai. — Morosutti, Kaufm.; Hampel, Reis., und Frl. Arnstein, von Wien.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometer, Wind, etc. Includes data for May 10th.

Morgennebel. Sonniger Tag. Haufenwolken. Das Tagesmittel der Wärme + 13.8°, um 3.4° über dem Normale. Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 8. Mai. Die Börse verkehrte anfangs in gedrückter Stimmung, die jedoch später einer etwas freundlicheren Auffassung Platz machte. Valuta hob sich reichlich

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grandentlastungs-Obligationen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Pfandbriefe, F. Prioritätsobligationen, G. Privatlose, H. Wechsel, I. Cours der Geldsorten.